



Auszug aus der Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.:23/56
Betreff:	Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke; Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am 22.10.2008 Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke; Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am 22.10.2008 Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke; Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am 22.10.2008	

09.02.2009 **Wirtschafts- und
Wohnungsbauförderungsausschuss**

TOP 4.1

Frau Reitz bekräftigte den Appell der SPD, dass sich ansiedlungswillige Unternehmen zu einem klima- und umweltschonenden Bauen verpflichten sollten.

Herr Corbat und **Herr Beyer** sprachen sich dagegen aus; mittlerweile gebe es zu viele Anforderungen und Auflagen an bauwillige Gewerbetreibende.

Herr Weinrich stellte einen Änderungsantrag, der unter TOP 4.1.1 aufgeführt ist und erklärte, dass der Antrag nicht in dieser Sitzung, sondern in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung beraten werden solle:

Bevor es zur Abstimmung kam, schlug **der Vorsitzende, Herr Scholz**, vor, die Sitzungsvorlage in 2 Punkte zu unterteilen, und zwar

- a) Bereich „Gewerbebebauung“
- b) Bereich „Wohnbebauung“

Abstimmungsergebnis:

- a) Wohnbaugrundstücke

Einstimmig Ja

CDU-Fraktion: 4
SPD-Fraktion: 4
BA-Fraktion: 1

b)	Gewerbegrundstücke	
	Ja	5
	SPD-Fraktion	4
	BA-Fraktion	1
	Nein	4
	CDU-Fraktion	4

Mit Änderungsantrag der BA-Fraktion an Haupt- und Finanzausschuss 11.03.2009.

11.03.2009 Haupt- und Finanzausschuss

TOP 6.4

Entsprechend den Ausführungen der Verwaltung in den Erläuterungen und Begründung wurde im Hinblick auf die Veräußerung städtischer Grundstücke für gewerbliche Nutzung oder Nutzung für den Wohnungsbau getrennt abgestimmt.

Beschlussvorschlag (Antrag SPD):

Der Rat möge nach Vorberatung im Ausschuss für Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung beschließen:

„Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Veräußerung städtischer Grundstücke (Verkauf oder Erbpacht) vertraglich zu vereinbaren, dass im Falle einer Bebauung der Neubau in Passivbauweise entsteht. Sollte dieses aus baulichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, sollte das zu errichtende Gebäude eine um 30 % bessere Energieeffizienz aufweisen, als dieses in der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (EnEV) vorgegeben ist, d.h., es soll eine Unterschreitung der EnEV um 30 % erreicht werden.“

Abstimmungsergebnis:

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise bei Veräußerung der Grundstücke für eine Wohnbebauung:

einstimmig ja

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise für Grundstücke mit einer Gewerbebebauung:

12 Ja (Fraktionen SPD, Bürgeraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgermeister)
10 Nein (Fraktionen CDU und dUH)

01.04.2009 Rat der Stadt Hilden

TOP 7.4

Entsprechend den Ausführungen der Verwaltung in den Erläuterungen und Begründung wurde im Hinblick auf die Veräußerung städtischer Grundstücke für gewerbliche Nutzung oder Nutzung für den Wohnungsbau getrennt abgestimmt.

Beschlussvorschlag (Anträge SPD und BA):

„Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Veräußerung städtischer Grundstücke (Verkauf oder Erbpacht) vertraglich zu vereinbaren, dass im Falle einer Bebauung der Neubau in Passivbauweise entsteht. Sollte dieses aus baulichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, sollte das zu errichtende Gebäude eine um 30 % bessere Energieeffizienz aufweisen, als dieses in der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (EnEV) vorgegeben ist, d.h., es soll eine Unterschreitung der EnEV um 30 % erreicht werden.“

Abstimmungsergebnis:

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise bei Veräußerung der Grundstücke für eine Wohnbebauung:
mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
FDP-Fraktion:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja
Rm. Kleuser /fraktionslos:	Ja
Bürgermeister	Ja

Für eine vertragliche Vereinbarung zu einer Passivbauweise für Grundstücke mit einer Gewerbebebauung:
mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Nein
SPD-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
FDP-Fraktion:	Nein
dUH-Fraktion:	Nein
Rm. Kleuser /fraktionslos:	Ja
Bürgermeister	Ja